

Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 6 April 2008

1. Bahn vor Heuschrecken schützen - Teilprivatisierung nur mit Beschäftigungsgarantie

Die Teilprivatisierung des Personen- und Güterverkehrs von 24,9 Prozent wird es nur mit einer Beschäftigungsgarantie geben. Mit dieser Forderung gehen wir in den Koalitionsausschuss, der am 28. April die Bahnreform verhandelt. Dazu zählt: Bis 2023 soll ein Tarifvertrag gelten, in dem der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen verankert wird. Der konzernerneigene Arbeitsmarkt muss erhalten bleiben. Und das geht nur, wenn der Konzern zusammenhängend weitergeführt wird. Die Bahngewerkschaften Transnet und GDBA haben der Teilprivatisierung unter dieser Bedingung zugestimmt.

Für uns ist klar: Schienen, Bahnhöfe und Energieversorgung bleiben in der Hand des Bundes. Durch die Öffnung für private Partner kann Kapital zugeführt werden, das benötigt wird, damit die Bahn für den Wettlauf gerüstet ist. Der Bund aber behält die Mehrheit der Anteile und kann darüber entscheiden, wer investieren darf und wer nicht. Heuschrecken werden wir verhindern. Wir wollen Partner, die betriebswirtschaftlich denken und nicht auf schnelle Rendite aus sind.

Wer am Positionspapier der Landesgruppe interessiert ist, kann es bei presse.bayern@spdfraktion.de bestellen.

2. Mitarbeiterbeteiligung – mehr Anteil am Kapital der Unternehmen

Arbeitnehmern soll es ab 2009 leichter gemacht werden, Kapital am Unternehmen zu erwerben, bei dem sie beschäftigt sind. Die Koalitionsarbeitsgruppe von CDU/CSU und SPD hat sich zu Beginn der Woche darauf geeinigt, dass der Kauf von Anteilen gefördert wird. Auch der DGB ist damit einverstanden.

Folgendes wird sich verbessern: Der Steuerfreibetrag wird von 135 auf 360 Euro angehoben. Es werden Mitarbeiterbeteiligungsfonds eingeführt, deren Kapital zu 75 Prozent in die beteiligten Unternehmen zurückfließt. Die Fonds werden durch professionelle und lizenzierte Fondsmanager verwaltet. Außerdem soll das Beratungsangebot verbessert werden.

Das ist ein erster Schritt in Richtung Kapitalbeteiligung für die Beschäftigten. Wir konnten durchsetzen, dass das Insolvenzrisiko für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gering bleibt, das es sich um branchenspezifische Fonds handelt. Die Union will die Beschäftigten nicht am Kapital beteiligen, sondern nur an den Gewinnen ihres Unternehmens - und damit auch an den Verlusten. Das haben wir verhindert.

Infos unter
<http://www.spd.de/menu/1745962/>

3. Praktikum – SPD-Bundestagsfraktion kämpft für Schutz vor Ausbeutung

Viele Praktika sind reine Ausbeutungsverhältnisse. Arbeitgeber nutzen Student/inn/en oder Absolvent/inn/en aus. Sie lassen sie Vollzeit arbeiten – und das für null Cent. Dem Bundesarbeitsministerium liegt eine aktuelle Studie vor, die das zu Tage fördert: Rund 80 Prozent der Praktikanten wurden wie normale Arbeitskräfte behandelt. Ein Großteil erhält keine oder nur eine geringe Bezahlung.

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Missbrauch verhindern. Gesetzliche Regelungen müssen her: Praktika müssen klar als Lernverhältnis definiert und von regulären Arbeitsverhältnissen abgegrenzt werden. Praktikanten müssen Verträge abschließen können, die das Lernverhältnis besiegeln. Wird ein Praktikum zum Arbeitsverhältnis, müssen die „Praktikanten“ ein Gehalt durchsetzen können.

Die Arbeitgeber müssen wissen: So geht es nicht. Ein/e Praktikant/in soll ins Berufsleben schnuppern und nicht ausgebeutet werden.

Infos unter

http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,43604,00.html

http://www.bmas.de/coremedia/generator/25326/2008_04_09_ankuendigung_konferenz_praktika_staerken.html

4. Girls‘ Day – Schülerinnen aus Bayern zu Besuch in Berlin

Am Donnerstag hat die Landesgruppe Schülerinnen aus Bayern zum Girls‘ Day in den Bundestag eingeladen. Die bayerischen SPD-Abgeordneten zeigten den Mädchen, welche Berufe es im Bereich der Politik gibt. Sie machen sich stark für die Förderung von Frauen und Mädchen und setzen sich dafür ein, dass Mädchen auch andere Berufe jenseits der Friseurin, Floristin oder Verkäuferin ausüben können. Daher wollen sie die Schülerinnen neugierig machen auf Berufe, in denen es Frauen heute noch schwer haben, sich durchzusetzen.

Das trifft auch auf die Politik zu: Im Deutschen Bundestag sind Frauen als Abgeordnete mit einem Anteil von 31,8 Prozent in der Minderheit. Die Bayerische SPD-Landesgruppe wiederum kann sich sehen lassen: Mit einem Parlamentarierinnen-Anteil von 50 Prozent ist sie ganz vorne an der Spitze. Das zeigt den Mädchen: Frauen holen auf.

Infos unter

<http://bayernspd.de/presse/mitteilungen/814/>

5. Landesgruppe unterstützt IG Metall-Kampagne gegen die Leiharbeit

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten unterstützen die Kampagne der IG Metall gegen die Ungleichbehandlung von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern. Dass Stammbeschafteten und Leiharbeiter/innen gegeneinander ausgespielt werden und dass Arbeiterinnen und Arbeitnehmer für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden, nehmen sie nicht hin.

Ein Lichtblick ist, dass die IG Metall kürzlich Tarifverträge mit 16 Zeitarbeitsfirmen für die Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer beim Autohersteller BMW abgeschlossen hat. Das ist ein guter Start in Richtung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Die bayerischen Abgeordneten bieten ihre Unterstützung an, wenn es heißt gegen die Leiharbeit vorzugehen.

6. Raus zum 1. Mai

Der 1. Mai steht vor der Tür. Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden wie jedes Jahr an den 1. Mai-Kundgebungen in Bayern teilnehmen. Das ist wichtig. Der 1. Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch dieses Jahr stehen Themen wie Mindestlohn, Gute Arbeit, Kampf gegen die Leiharbeit auf der Tagesordnung. Auch mit einer Zeitung sind die Abgeordneten dabei. Die SPD-Bayern wird auf den Kundgebungen ihre 1. Mai-Zeitung verteilen.

Die Abgeordneten wollen außerdem an die Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Faschisten erinnern: Am 2. Mai vor fast 75 Jahren haben die Trupps der SA die Gewerkschaftshäuser gestürmt, das Vermögen geraubt, Mitarbeiter/innen und Funktionär/innen der Gewerkschaften verhaftet und in KZs gebracht. An diesem 1. Mai soll auch daran gedacht werden.

Wer sich für die 1. Mai-Zeitung der SPD-Bayern interessiert, kann sie per Email bei uns bekommen.

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Platz der Republik 1

11011 Berlin